

Kernforderungen des ZentralElternBeirates zur Bürgerschaftswahl

Die gut 50.000 Schüler der Stadtgemeinde Bremen und deren Eltern, die der ZEB repräsentiert, sind leidgeprüft. Jahrzehntelange Fehlplanungen und -einschätzungen der Bedarfe in Bildung durch die Politik führen in Zeiten von steigenden Kinderzahlen zur Manifestierung der roten Laterne, die Bremen in der Deutschen Bildungslandschaft trägt. Wir sehen durchaus die Versuche, die gegenwärtig unternommen werden, um etwas zu verbessern, doch diese wirken in einem verkrusteten und schwerfälligen Verwaltungsapparat bisher genauso wenig wie vor 6 Jahren Jens Böhrnsens „Schippchen drauf“.

Das gleichzeitig unterfinanzierte System führt auch dazu, dass Bremen viele Dinge, die dann in Angriff genommen werden, rein quantitativ umsetzt um erste Erfolge zu melden, ohne dass die Qualität in ausreichendem Maße stimmt. Wer meint, man sehe nicht, dass Bremen gut € 2.000,- pro Schüler weniger ausgibt als Hamburg, der irrt gewaltig.

Wir tragen den Schulkonsens von SPD/CDU/Grünen und Linke mit. Das tun wir nicht aus tiefer Überzeugung, dass das Zwei-Säulen-Modell der richtige Weg ist, sondern weil „gute Schule vor allem Ruhe braucht“. Das Bildungssystem wird nicht besser, wenn wir das machen, was jahrzehntelang das Bremer Motto war: „Alles neu macht alles besser.“

Die Unterstützung des Schulkonsenses ändert daher nichts daran, dass wir von der nächsten Regierung in den folgenden, zentralen – keinesfalls abschließenden – Punkten unmittelbare Verbesserungen erwarten.

1. Infrastruktur – Bildung braucht Raum

Bremen braucht neue Schulen und muss viele Schulen sanieren oder erweitern. In der Zwischenzeit wird eine große Zahl an Mobilbauten gebraucht. Wir fordern eine Beschleunigung der Baugeschwindigkeit und der Umsetzung der geplanten Maßnahmen. Selbst Mobilbauten kommen gerne mit 12 Monaten Verzögerung. Neue Schulbauten brauchen zeitlich eine ganze Schülergeneration, nämlich gut 7 Jahre von der Planung bis zu ihrer Fertigstellung, und manchmal, wie der Ohlenhof zeigt, noch viel länger.

Eine jährlich aktualisierte bedarfsscharfe Schulstandortplanung ist notwendige Grundlage, aber noch nicht ausreichend. 7 Jahre von der Planung einer Schule zur theoretischen Erstnutzung sind untragbar. Es kann nicht sein, dass in Bremen private Investoren ganze Stadtteile in 3 Jahren bauen und die Politik für eine Schule 7 Jahre braucht. Wenn im Rahmen des Konjunkturprogramms 2 ab 2009 nach der Lehmann-Krise jenseits europaweiter Vergabevorschriften gebaut werden konnte, muss das im heutigen Bildungsnotstand auch gehen.

2. Personal – Bildung braucht Menschen

Bis Ende 2015 wurden in Schule jedes Jahr 1,2% der Stellen eingespart. 2016 hat man diesen Kahlschlag gestoppt, aber erst 2018 hat man wirklich damit begonnen, mehr Lehrkräfte auszubilden und kreativ über Quereinsteiger etc. nachzudenken. Wir Eltern und unsere Kinder nehmen die Entschuldigung nicht mehr hin, dass das, was jahrelang verschlafen wurde, nicht über Nacht zu beheben sei. Hier muss konsequent weitergearbeitet werden und zwar mit höchster Priorität. Die Senatorin für Kinder und Bildung will Ungleiches ungleich behandeln und in prekären Lagen mehr tun. Wir begrüßen das ausdrücklich. Dass dies aber gelingt, sehen wir nur sehr eingeschränkt. Funktionieren kann dies nur, wenn die Tätigkeit als Lehrkraft oder sonst an Schule tätiger Person auch in prekären Lagen attraktiver wird und es gelingt, Menschen für den Beruf der Lehrkraft, des/der ErzieherIn, SonderpädagogIn oder SozialarbeiterIn auch zu begeistern und damit auch zu gewinnen. Hierfür muss viel mehr an den einzelnen Standorten getan werden. Dazu gehören dann nicht nur zeitliche und inhaltliche Entlastungen, die bisher minimal oder mangels Personal ganz ausfallen, sondern auch eine bessere Vergütung an diesen Standorten. Dass das geht, wird bei den ErzieherInnen im KiTa-Bereich gerade gezeigt. In anderen Bundesländern wie Sachsen ist es auch möglich, Zulagen zu erhalten, wenn man in weniger beliebte Regionen muss.

3. Schule muss jedes Kind – unabhängig von Schulart und Trägerschaft – nach seinen Möglichkeiten fördern und fordern und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gewährleisten

a. Eine von uns durchgeführte Umfrage zeigt deutlich, dass sich zwar eine Mehrheit der Bremer Eltern dem Grunde nach für Inklusion ausspricht, dieselbe Mehrheit diese bei der jetzigen Ausstattung aber ablehnt. Wird hier nicht (weiter) gegengesteuert, droht das Prinzip der Inklusion zu scheitern. Die Verwirklichung der schulischen Inklusion, d. h. der gemeinsamen Unterrichtung von Kindern mit und ohne besonderen Bedürfnissen, sowie das Fördern und Fordern aller Kinder nach ihren Möglichkeiten, ist für uns ein wichtiges und erstrebenswertes gesetzlich verankertes Ziel, das in allen Schulen, in öffentlicher wie freier Trägerschaft, verwirklicht werden muss.

Auf dem Weg zur Erreichung dieses Ziels ist Bremen in den letzten Jahren zumindest quantitativ einige Schritte vorangekommen. Vieles muss aber noch geschehen, damit Inklusion von allen Beteiligten als qualitativ zufriedenstellend empfunden und beurteilt werden kann.

Daher fordern wir:

- die konsequente Umsetzung aller Möglichkeiten, den Mangel an SonderpädagogInnen zu beheben,
 - die Einstellung von SozialarbeiterInnen für alle Bremer Schulen,
 - eine bedarfsgerechte, materielle, inklusionsbezogene Ausstattung aller Schulen,
 - die Einrichtung eines Vertretungspools für SonderpädagogInnen und persönliche Assistenzen,
-

- die Erhöhung der Bemessungsgrundlagen für die Zuweisung von Sonderpädagogik-Stunden an die Schulen (*für die Grundschulen von 4,5 auf 8 h pro Klasse und für die Sekundarschule von 3 auf 5 h für die Förderschwerpunkte Lernen, Sprache und Verhalten, sowie eine entsprechende Erhöhung bei der Zuweisung für Kinder mit dem Förderschwerpunkt Wahrnehmung und Entwicklung; mittelfristig muss durch Abschaffung der Statuierung die kopfbezogene Zuweisung in der Sekundarstufe durch eine systembezogene Zuweisung ersetzt werden*),
- die Einrichtung von Übergangs- und Familienklassen an allen Schulen bedarfsgerecht zu ermöglichen,
- dass die Eltern den Förderort ihrer Kinder selbst bestimmen können,
- die konsequente Weiterführung der Inklusion in Sekundarstufe 2 und in Berufsschulen sowie der Einführung von Zentren für unterstützende Pädagogik (ZuP) an beruflichen Schulen und deren Angliederung an das ReBUZ-System (Regionale Beratungs- und Unterstützungszentren),
- die Entwicklung von Qualitätsstandards für schulische Inklusion,
- die angemessene und aufgabengerechte materielle und personelle Ausstattung der verbleibenden Förderzentren und der Mobilen Dienste sowie der ReBUZ,
- die Anwendung der Sozialindizes auf die verbleibenden Förderzentren, sowie
- die rechtliche Gleichstellung der Förderzentren mit Grundschulen und Oberschulen im Hinblick auf die Zuordnung in Sekundarstufe 1 und 2.

b. Die Vereinbarkeit von Beruf und Schule muss weiter verbessert werden. Das neue Anwahlverfahren zur Einschulung hat erstmals den Betreuungsbedarf als Anwahlkriterium einbezogen. Dies ist ein erster kleiner Schritt. Der Ganztagsausbau muss vorangetrieben werden, in Abstimmung mit den Schulen und nach dem Kriterium, wo schnell benötigte Betreuungsplätze geschaffen werden können.

c. Gute Schule wird überall in jeder Trägerschaft gemacht. So wie wir für die Inklusion eine Mitwirkung aller erwarten, muss dies auch ganz allgemein gelten. Schule darf und soll nicht segregieren, daher fordern wir eine bessere Ausstattung der Schulen in freier Trägerschaft, die – so steht es in der Präambel des Privatschulgesetzes – einen wichtigen Beitrag zur Bremer Bildungslandschaft leisten, und deren Gleichbehandlung mit den Schulen in öffentlicher Trägerschaft. Wie bei den Förderzentren muss eine Zuordnung der Grundschulen in freier Trägerschaft zu nahen Oberschulen und der jeweiligen Sek1-Bereiche an die Sek2-Bereiche der Schulen in öffentlicher Trägerschaft erfolgen.

4. Höhere Lernerfolge durch mehr Unterrichts- und Erziehungsqualität

Der ZEB begrüßt grundsätzlich die Einrichtung eines Bremer Instituts für Qualitätsentwicklung nach Hamburger Vorbild. Die Erhebung von Leistungsdaten und deren Rückmeldung an die Schulen kann jedoch nur dann wirksam werden, wenn die Schulen bei der Auswertung der Daten und der darauf basierenden Maßnahmen zur Verbesserung der Unterrichtsqualität intensiv durch externe ModeratorInnen für Unterrichtsentwicklung begleitet und unterstützt werden. Was wir nicht brauchen ist eine Art übergeordnete empirisch arbeitende „Schulunternehmensberatung“, die nur die erhobenen Daten sammelt und abstrakt an die Schulen zurückmeldet.

Eine weitere Voraussetzung ist eine (zur Arbeit des Instituts für Qualitätsentwicklung parallel laufende) begleitende Weiterentwicklung der Erziehungsqualität durch eine verstärkte Förderung einer effektiven Klassenführung (Classroom-Management). Zu oft müssen wir (nicht nur an Bremer Schulen) beobachten, dass die Unterrichtszeit infolge von Unterrichtsstörungen o.Ä. nicht in erforderlichem Umfang für das Lernen genutzt werden kann. Durch Anwendung der Prinzipien des Classroom-Managements können Lernzeiten effektiver genutzt werden, die SchülerInnen haben mehr Freude beim Lernen und die Erfolge steigen.

Daher fordern wir:

- das Landesinstitut für Schule in die Lage zu versetzen, den Schulen in ausreichendem Maße Fachkräfte für Schul- und Unterrichtsentwicklung zur Verfügung stellen zu können, sowie
- eine Qualifizierungs- und Unterstützungsinitiative hinsichtlich einer möglichst flächendeckenden Fortbildung und Beratung der Schulen zur Anwendung der Prinzipien des Classroom-Managements.

Der Vorstand: Michael Skibbe (Vorstandssprecher) ▪ Pierre Hansen (Vorstandssprecher – z. Zt. öffentlich ruhend) ▪ Rebekka Pohl (Kassenwart) ▪ Dr. Martin Stoevesandt (Fachvorstand Grundschule) ▪ Bruno Ehrlich (Fachvorstand Sonderpädagogik) ▪ Halit Sahin (Fachvorstand Klasse 5-10) ▪ Katrin Schmitt (Fachvorstand GyO) ▪ Klaus Bartels (Fachvorstand berufliche Schulen)
